

## Protokolleintrag vom 07.02.2007

2007/72

### Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christian Wenger (SD) vom 7.2.2007: Integrationspolitik, Förderung der Abwanderung ausländischer Staatsangehöriger

Von Patrick Blöchlinger (SD) und Christian Wenger (SD) ist am 7.2.2007 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Mitteln die Abwanderung von Ausländern aus der Stadt gefördert werden kann, mit dem Ziel, deren Anteil an der Bevölkerung – derzeit über 30% – in den nächsten Jahren zu senken, mit einer Zielgrösse von maximal 25% (abzüglich die bis dann erfolgten Einbürgerungen) im Jahre 2020.

#### Begründung:

Obwohl in der Stadt Zürich jedes Jahr mehrere tausend – nur zum Teil hinreichend assimilierte – Ausländer eingebürgert werden, steigt der Ausländeranteil an der Stadtbevölkerung weiter an. Die jahrelang wiederholten Versprechen höchster Politiker, den Ausländerbestand zu stabilisieren und dann schrittweise zu senken, haben sich als brandschwarze Lügen entpuppt, ist doch seither die Zahl der Ausländer trotz Masseneinbürgerungen (landesweit und in Zürich) um mehr als 50% gewachsen! Die Einwohner einheimischer Abstammung dürften, auch wenn man nur eine Generation zurückblickt, schon bald in der Minderheit sein. Sie werden zu Fremden im eigenen Land. Eine Trendwende ist dringend nötig. Entgegen den Ausführungen des Stadtrates in einer Interpellationsantwort haben die Stadtbehörden sehr wohl Möglichkeiten, auf das Ausmass der Einwanderung und Überfremdung Einfluss zu nehmen. Solche bestehen z. B. in der Siedlungs- und Raumplanungspolitik, bei der Vermietung bzw. Subventionierung von Wohnungen, bei der heute mangelhaften Fahndung nach illegalen Aufenthalt etc. Wenn die Stadtbehörden beim Bund und Kanton ebenso lauthals einen Einwanderungsstopp fordern würden wie sie heute nach einer laschen Ausländerpolitik rufen, würden zweifellos bald andere überfremdete Kommunen folgen. Dann würde landauf, landab der politische Druck, die Kolonisierung und Überfremdung der Schweiz zu stoppen, bald so gross, dass ein landesweiter ausländerpolitischer Kurswechsel rasch zustande käme.